

**Grüne Transition und die Rechte indigener Völker
in der europäischen Arktis**

Ein rechtebasierterer Ansatz für die Umsetzung des europäischen Green Deal

Anja Márjá Nystø Keskitalo

Saami Council (EU Unit)

Jacqueline Götze

German Institute of Development and Sustainability (IDOS)



Bonn, 6. Februar 2023. Die grüne Transition erfordert nicht nur in der europäischen Arktis eine Auseinandersetzung mit Gerechtigkeitsfragen. Nachhaltige Politik braucht einen rechtebasierten Ansatz.

Als Schweden im Januar 2023 die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat, besuchten Mitglieder der Europäischen Kommission das arktische Kiruna, den Standort der größten Eisenerzmine Europas. Während des Besuchs gab das staatseigene Bergbauunternehmen Luossavaara-Kiirunavaara Aktiebolag (LKAB) den Fund der bislang größten bekannten Lagerstätte für Seltene Erden in Europa bekannt. Im Rahmen der aktuellen Dekarbonisierungsstrategie der EU, dem European Green Deal (EGD), kommt der Erkundung kritischer Rohstoffe auf europäischem Boden eine zentrale Rolle zu. Ressourcen und Flächen der europäischen Arktis werden als Schlüssel für den Ausbau erneuerbarer Energien

dargestellt und sollen damit auch einen Beitrag zur Verringerung der Emissionen sowie der Abhängigkeit von externen Rohstoffquellen leisten. Dieses Vorhaben kann jedoch im Konflikt mit anderen Formen der Landnutzung stehen – ein Problem, das der EGD noch nicht ausreichend berücksichtigt. Da in der europäischen Arktis indigene Völker leben, muss die EU bei der Umsetzung des EGD einen rechtebasierten Ansatz verfolgen, um die Selbstbestimmung indigener Völker und ihre Landrechte auch innerhalb Europas zu gewährleisten.

„Da in der europäischen Arktis indigene Völker leben, muss die EU bei der Umsetzung des EGD einen rechtebasierten Ansatz verfolgen, um die Selbstbestimmung indigener Völker und ihre Landrechte auch innerhalb Europas zu gewährleisten.“

Die EU präsentiert sich weltweit als Vorreiterin bei der Bekämpfung der Klimakrise und der Förderung der Rechte indigener Völker. Diese Vorreiterrolle zieht die EU auch als Rechtfertigung für ihr Engagement in der Arktis heran, im Hinblick auf die selbst verursachten wirtschaftlichen und ökologischen Folgen in der Region. Bei dieser Argumentation wird allerdings allzu oft übersehen, dass Lösungen zur Eindämmung der Klimakrise, wie die Förderung erneuerbarer Energien und technischer Innovationen, indigenen Völkern schaden können, da die zunehmende Beanspruchung von Landflächen zu neuen Landnutzungskonflikten führen kann.

Sápmi erstreckt sich über die heutigen nördlichen Teile Norwegens, Schwedens, Finnlands und Russlands (Kola-Halbinsel). Es ist das traditionelle Land der Sámi, des einzigen indigenen Volkes in der EU. Die Sámi sind Rechteinhaber in der europäischen Arktis: die jeweiligen Nationalstaaten sowie die EU selbst haben sich verpflichtet, internationale Standards für die Rechte indigener Völker einzuhalten. Ein Schlüsseldokument ist die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) von 2007, mit der das Prinzip der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (FPIC) eingeführt wurde. Dieses soll die Selbstbestimmung indigener Völker im Zusammenhang mit Entwicklungsprojekten sichern. Zwischen dem internen und externen EU-Ansatz bestehen im Hinblick auf den Umgang mit indigenen Völkern jedoch Diskrepanzen. Auch wenn im EGD mögliche negative Spillover-Effekte auf indigene Völker berücksichtigt werden, fehlt ihm eine EU-interne Perspektive. Da die meisten Sámi Bürger*innen der EU

oder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sind, findet in ihrem Fall der im Europäischen Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) verankerte allgemeine entwicklungspolitische Rahmen für indigene Völker keine Anwendung.

Da es aktuell keine auf indigene Völker ausgerichtete EU-interne Politik gibt, hängt es von den konkreten Maßnahmen und dem dafür zuständigen Personal oder Institutionen ab, ob Vertreter*innen der Sámi in politische Prozesse einbezogen werden oder nicht – und in welcher Form und welchem Umfang. Diese Beobachtung deckt sich weitgehend mit anderen Analysen, welche die Rolle von Individuen in der allgemeinen Arktispolitik der EU betonen. Die EU-Arktispolitik verfolgt einen zirkumpolaren Ansatz. Es mangelt ihr jedoch an einem internen, regionalen Ansatz, der die europäische Arktis, ihre indigenen Völker und ihre Entwicklung miteinschließen würde. Die Auswirkungen des EGD auf indigene Völker innerhalb der EU können nur dann politisch adressiert werden, wenn eine eigens für die indigenen Völker in der europäischen Arktis entwickelte Politik mit dem EGD verknüpft wird.

Eine fehlende interne EU-Politik für indigene Völker erschwert eine inklusive und gerechte Umsetzung des EGD. Die Klimakrise umfasst Gerechtigkeitsfragen: Menschen, die am wenigsten zur globalen Erwärmung und Umweltzerstörung beigetragen haben, sind oft am stärksten von den Auswirkungen betroffen. Vor dem Hintergrund der Klimagerechtigkeit stellen sich im Rahmen der grünen Transition weitere Fragen, da die angestrebten Lösungen zusätzlichen Druck auf indigene Völker ausüben. Sie leben von dem Land, das für den Erhalt ihrer traditionellen Lebensgrundlagen, Sprachen und Kulturen entscheidend ist. Daher ist ein rechtebasierter Ansatz unumgänglich. Eigens für indigene Völker entwickelte Politiken, die die Landrechte der indigenen Völker berücksichtigen und mit dem EGD verknüpft sind, würden der EU Werkzeuge an die Hand geben, um sich kritisch mit den „Machtstrukturen der Klimakrise“ auseinanderzusetzen. Ohne einen rechtebasierten Ansatz für die Umsetzung des EGD in Kiruna und darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Ergebnisse politischer Prozesse als ungerecht und damit als nicht nachhaltig wahrgenommen werden. Das würde verhindern, dass der EGD sein volles politisches Potential entfalten und letztlich, dass die EU ihren wichtigen Beitrag zur Erfüllung internationaler Vereinbarungen leisten kann.